

Samstagsinterview

«Falls die Ukraine verliert, gibt es einen nächsten Krieg»

Karl Schlögel Russland führt Krieg in der Ukraine, weil es mit dem Kollaps des sowjetischen Imperiums nicht klarkommt, sagt der Osteuropa-Historiker. Die Oligarchen-Gelder für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden, findet er richtig.

Bernhard Ott

Seit einem Jahr führt Russland gegen die Ukraine Krieg. Ist ein Ende absehbar?

Das wird im Kampf entschieden. Ich kann nur sagen, dass man der Ukraine geben muss, was sie braucht, um die russische Armee zu schlagen. Seit einem Jahr macht das ukrainische Volk Unvorstellbares durch. Es muss in bombardierten Städten ohne Strom, ohne Heizung, ohne Wasser überleben – und das im Winter. Es gibt Fluchtbewegungen wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Falls die Ukraine verliert, ist klar, dass es einen nächsten Krieg geben wird. Aber ich hoffe auf ein Wunder. Es könnte sein, dass die russische Armee brüchiger ist, als es aussieht, und dass die Destruktivität von Putins Regime auch in Russland selbst offenbar wird.

Wie soll das geschehen?

Ich glaube nicht, dass sich eine regelrechte Gegenbewegung formiert. Dafür sind Kontrolle und Repression zu stark. Aber wenn die Dysfunktion, der Unwille und das Chaos in der russischen Führung manifest werden, könnte etwas in der Gesellschaft in Gang kommen. Aber was passiert, wenn eine dezimierte und demoralisierte russische Armee und die Kriminellen, die man an die Front geschickt hat, in die Gesellschaft zurückkehren? Und was bedeutet es, wenn Zehntausende wehrfähiger Männer als Kanonenfutter verheizt werden?

Ihr Buch «Die Entscheidung fällt in Kiew» vermittelt den Eindruck, als ob Sie all dies hätten kommen sehen. Dabei haben Sie es 2014 geschrieben. Ich beanspruche keine prophetischen Gaben. Aber als ich das Buch vor einem Jahr nach dem 24. Februar wieder in die Hand nahm, war ich selber überrascht. Was ich damals am Beispiel von Donezk unter dem Begriff des Urbizids, des Städtemords, beschrieben habe, war der Anfang von dem, was heute in der Ukraine flächendeckend geschieht. In Europa ist der Krieg ja erst mit der Invasion vom 24. Februar richtig angekommen. Für mich war Putins Rede in der Nacht des

Er nahm Putins Medaille nicht an

Karl Schlögel gilt als einer der renommiertesten Osteuropa-Historiker deutscher Sprache: 2013 erhielt er vom russischen Präsidenten Wladimir Putin die Puschkin-Medaille zugesprochen. Wegen der Besetzung der Krim verweigerte Schlögel die Annahme. Der 75-Jährige ist in diesem Semester Dürrenmatt-Gastprofessor an der Universität Bern. (bob)

Karl Schlögel spricht am Jahrestag des Krieges in Bern: Freitag, 24. Februar 2023, 18.30 Uhr, im Casino Bern. Tickets: www.casinobern.ch

21. Februar eine Art Epiphanie, ein Moment der Offenbarung seines Wesens. Man sah einen Menschen, der alle Hemmungen und alle rhetorischen Rücksichten hatte fallen lassen. Das war Putin in voller Entfaltung, obsessiv und hasserfüllt. Damit war endgültig klar, dass Europa sich auf eine neue Wirklichkeit einstellen muss.

Womit sich insbesondere Deutschland schwerzutun scheint.

Deutschland musste sich vom Bild der Ukraine als Hinterhof und Provinz der russischen Welt

«Die Fixierung der Deutschen auf Russland hat das Ende der Sowjetunion überdauert.»

verabschieden. Und es musste sich verabschieden von ernst zu nehmenden bis zu kitschigen Vorstellungen der deutsch-russischen Beziehungen. Aber auch mit der Deklaration der Zeitenwende kann es nicht sein Bewenden haben. Der Kampf um deren Bewältigung steht erst noch an.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das Russland-Bild der letzten Jahrzehnte geprägt. Wie konnte sie als ehemalige DDR-Bürgerin verkennen, mit wem Sie es bei Putin zu tun hatte? Kenntnisse des Russischen und Erfahrungen mit der Stasi bedeuten noch nicht, dass jemand versteht, wie die Auflösung eines Imperiums vonstattengeht. Ich habe nie begriffen, wie Angela Merkel bis zuletzt behaupten konnte, dass Nord Stream 2 eine rein kommerzielle Angelegenheit sei und nichts mit Politik zu tun habe. Sie wird dazu sicher noch Stellung nehmen.

Im Unterschied zu Vorgänger Gerhard Schröder war sie wenigstens nicht gekauft. Sie war nicht gekauft. Aber vielleicht war ihr der Machterhalt und der Frieden in der Grossen Koalition mit der SPD wichtiger als eine europäische Entscheidung. Dasselbe gilt für die von ihr mitverantworteten Minsker Abkommen. Es gab Momente in diesen Verhandlungen, wo man dazu bereit war, die Ukraine im Regen stehen zu lassen. Die Minsker Abkommen haben gezeigt, dass man die Drohungen Russlands nicht ernst genommen hat.

Muss Merkels Russland-Politik aufgearbeitet werden? Der ganze Verlauf muss rekonstruiert werden, die lobbyistischen Netzwerke müssen aufgedeckt und die ideologisch-mentalen Voraussetzungen dieser Politik benannt werden – denken Sie



«Die Minsker Abkommen haben gezeigt, dass man Russlands Drohungen nicht ernst genommen hat», sagt Karl Schlögel. Foto: Jens Gyarmaty (Laif)

etwa an die Inszenierungen des Petersburger Dialogs oder das Deutsch-Russische Forum.

Sind das die erwähnten «kitschigen Vorstellungen» der deutsch-russischen Beziehungen?

Ich habe mich ein Leben lang mit den deutsch-russischen Beziehungen beschäftigt und weiss, was hinter dem deutschen Russ-

land-Komplex steckt. Die Fixierung der Deutschen auf Russland hat das Ende der Sowjetunion überdauert. Der berechtigte Schuldkomplex angesichts der deutschen Grossverbrechen auf sowjetischem Boden wurde allein auf Russland projiziert. Die Staaten, die geografisch dazwischen liegen, wurden nie richtig ernst genommen. Niemand hat darüber gesprochen, was die Deut-

schen in Belarus und der Ukraine angerichtet haben, die beiden Hauptschauplätze des deutsch-sowjetischen Kriegs. Es gibt so etwas wie eine psychologisch-mentale Sonderbeziehung zwischen Deutschland und Russland.

Hat Putin das ausgenutzt?

Er nutzt sie als Soft-Power-Waffe und setzt sie gezielt ein. Die Bundestagsrede über europäische In-

tegration im September 2001 hat einige Abgeordnete zu Tränen gerührt. Am diesjährigen Gedenktage in Stalingrad sagte Putin, dass Russland erneut gegen deutsche Panzer und Nazis kämpfen müsse. Solche Äusserungen verfangen selbst in gehobenen und gebildeten Kreisen in Deutschland, die nicht wahrhaben wollen, dass es heute russische Truppen sind, die einen

Aggressionskrieg führen. Auch glauben viele, sie seien über den Nationalstaat hinaus. Der Kampf der Ukrainer für ihre nationale Souveränität ist in ihren Augen reaktionär, nationalistisch. Dabei ist es doch das Recht jeder Nation, ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu verteidigen.

Ist die Sonderbeziehung zu Russland ein Grund dafür, dass Deutschland sich mit der Führungsrolle in Europa schwertut?

Ich finde das eine irritierende Forderung. Die «New York Times» bezeichnete Merkel einmal als die mächtigste Frau Europas. Sie war nicht die mächtigste Frau. Sie war eine Regierungschefin, die vom ererbten Wohlstand profitiert hat. Und von der Sicherheit der Bundesrepublik, die vor allem von den USA garantiert wird. Sie selber hat nicht viel dazu beigetragen, das Land voranzubringen, wenn man etwa an die stockende Digitalisierung, die Energieabhängigkeit von Russland oder den Zustand der Streitkräfte denkt.

Europa wird sich aber nicht ewig auf die USA verlassen können. Eine deutsche Regierung sollte in erster Linie in der Lage sein, mit der eigenen Bevölkerung Klartext zu reden: über den Ag-

«Der Status der immerwährenden Neutralität ist kostbar.»

gressor, den Krieg und die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind. Man kann die oft geforderte aussenpolitische Führung doch nur übernehmen, wenn man die Gesellschaft und die Mehrheit der Wählenden gewinnt, die Entscheidungen mitzutragen – von der Lieferung von Rüstungsgütern bis zu materiellen Einschränkungen im Alltag.

Laut einer Umfrage lehnen aber 75 Prozent von 28'000 Befragten in Ostdeutschland die Lieferung von Panzern ab.

Für viele in Ostdeutschland ist Putin der grosse Rächer. Er ist die Symbolfigur einer Revanche, die dem Westen zeigen soll, was bei der deutschen Wiedervereinigung angeblich alles schiefgegangen ist. Das hat mit einem Verstehen für das, was in Russland vor sich geht, wenig zu tun. Eine Partei wie die AfD, die sich angeblich für nationale Selbstbestimmung einsetzt, redet dem Imperialismus Putins das Wort. Die Linke, die sich auf ihre anti-imperialistische und antifaschistische Tradition beruft, verrät den Kampf der Ukraine gegen russischen Imperialismus und Faschismus.

Sie sagten 2014, die Triebkräfte der aggressiven Politik Russlands müssten analysiert werden. Was weiss man heute?

Damals wurde im Westen kolportiert, dass die Besetzung der Krim und der Krieg im Donbass eine Reaktion auf die Osterweiterung der Nato sei. Dabei ging es in Wahrheit um die Selbstbestimmung der Staaten, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion der Nato beitreten wollten. Das Verhalten einer nuklearen Grossmacht nur als Reaktion auf das Verhalten des Westens zu verstehen, trifft das Problem nicht. Die Frage ist, warum die Führung der Russischen Föderation mit dem Ende der Sowjetunion und deren imperialer Verfassung nicht klar kommt. Warum konzentriert sich Russland nicht auf die Reform des eigenen Landes und zettelt stattdessen einen Krieg an?

Die Schweiz blockiert die Weitergabe von Munition und handelt bei Oligarchen-Vermögen nur zögerlich. Gibt es eine neutrale Haltung für einen westlichen Staat?

Der Status der immerwährenden Neutralität ist etwas Kostbares. Das bedeutet aber nicht, dass es keine juristischen Formen gibt, sich für eine Seite zu entscheiden. Die Schweiz trägt die Sanktionen der EU mit.

Nach der Übernahme der EU-Sanktionen hiess es seitens Russlands, die Schweiz sei nicht mehr neutral.

Das ist das russische Narrativ. Wenn man russische Oligarchen-Guthaben beschlagnahmt, bedeutet das ja nicht, dass man generell an der Aushebelung des Privateigentums arbeitet. Beim Geld der Oligarchen, die den Krieg mittragen, handelt es sich in Wahrheit um ehemaliges Staats- und Volkseigentum.

Soll man die Oligarchen-Gelder für den Wiederaufbau der Ukraine verwenden?

Das ist eine richtige Überlegung. Die City of London hat von den ungeheuren finanziellen Transfers russischer Gelder profitiert. Ebenso die Immobilienbranche der westlichen Welt. In Berlin gibt es nicht nur die neue politische Emigration aus Russland, sondern Zehntausende der sogenannten russischen Mittelklasse. Sie haben sich Berlin als Zweitwohnsitz gewählt und mehrheitlich Putin gewählt. Russland führt Krieg, aber man geniesst das Leben im Westen. Ich finde das schwer erträglich. Aber das Problem wird nicht thematisiert.

Warum nicht?

Aus Gleichgültigkeit, Ignoranz, Konflikunwilligkeit. Und weil niemand einen Generalverdacht aussprechen oder als russophob gelten möchte. Für die russische Propaganda ist die Kritik an Putin gleichbedeutend mit der Kritik an Russland und seiner Kultur. Dem muss man entgegentreten, auch wenn es Kraft kostet.

Leitartikel

Wir sollten der Ukraine dankbar sein

Die Ukrainerinnen und Ukrainer leben, kämpfen und sterben für unsere Freiheit. Es ist im Interesse des Westens, sie weiterhin gegen den russischen Aggressor zu unterstützen.



Kiew entscheidet, ob und wann das Leid zu gross wird: Ukrainischer Soldatenfriedhof in Charkiw. Foto: AP

Christof Münger

Es gibt sie noch, die Ukraine! Wer hätte das gedacht, als am frühen Morgen des 24. Februar 2022 Wladimir Putins Streitmacht in der Ukraine einfiel. Man gab den Ukrainern mit ihren Holzgewehren ein paar Tage, eine Woche oder – die Optimisten – einen Monat, bis die russische Fahne über Kiew wehen würde. Nun liegt ein Jahr Krieg hinter uns, und Putin ist es nicht gelungen, die Ukraine als eigenständiges und souveränes Land samt seiner Identität auszulöschen.

Im Gegenteil, die Ukraine hat sich durch die leidvolle Erfahrung des Kriegs als Nation weiter gefestigt. Sie wird angeführt von einem früheren Schauspieler, der als Kriegspräsident im grünen T-Shirt über sich hinausgewachsen ist. Heute kristallisiert sich in Wolodimir Selenski der ukrainische Widerstand, die ukrainische Zuversicht und vor allem: der ukrainische Mut.

Dieser Mut, für die Freiheit zu leben, zu kämpfen und zu sterben, ist heroisch. Dafür sollten wir den Ukrainerinnen und Ukrainern dankbar sein. Denn Putins Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg gegen uns, gegen unsere Werte, die Menschenrechte, die Demokratie und den Rechtsstaat. Putin will mit seiner Aggression dieses Wertesystem zerstören. Nicht erst seit dem 24. Februar 2022: Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, der

eigentliche Beginn des Kriegs, jährt sich bereits zum 9. Mal, ebenfalls in diesen Tagen.

Was es heisst, unter dem russischen Joch zu leben, zeigen die Berichte aus den befreiten Gebieten, aus Butscha, Irpin oder Cherson. In den besetzten ukrainischen Städten und Dörfern verhaften russische Soldaten immer noch willkürlich Menschen auf der Strasse, sie vergewaltigen, morden und foltern, und sie verschleppen systematisch Bürgermeister, Lehrerinnen oder Rotkreuzhelfer, die Stützen einer freien Gesellschaft. «Das ist die Logik des Völkermords, und sie vollzieht sich gerade jetzt, in unserer Zeit», schreibt die amerikanische Historikerin Anne Applebaum.

Dessen ungeachtet wird im Westen der Ruf nach Verhandlungen wieder lauter. Erhoben wird er vor allem von Putin-Apologeten, beispielsweise von der radikal linken ukrainischen Abgeordneten Sahra Wagenknecht oder dem radikal rechten Schweizer Nationalrat Roger Köppel.

Ob und wann verhandelt wird, ist jedoch die Entscheidung Kiews und nicht irgendwelcher Besserwisser im Westen. Ausserdem hätte Putin jederzeit die Möglichkeit, das Fenster für Verhandlungen zu öffnen – mit einem Tatbeweis, etwa einem Rückzug aus besetzten Gebieten. Das zu erwarten, ist allerdings unrealistisch, der Kriegsherr verfolgt eine Langzeitstrategie: Er setzt darauf, dass

in Europa und den USA die Kriegsmüdigkeit zunimmt, analog zum Engagement in Afghanistan, das in einem chaotischen Abzug endete. Ausserdem hofft Putin auf einen Machtwechsel in Washington in zwei Jahren. Im Kongress haben die Republikaner bereits das Sagen, und sie sehen die Ukraine-Hilfe weit kritischer als die Demokraten von Joe Biden.

Ohne den zuweilen etwas tatttrigen US-Präsidenten gäbe es die Ukraine nicht mehr. Transatlantiker durch und durch, ist Biden die perfekte Besetzung im Weissen Haus an diesem Wendepunkt in der europäischen Geschichte. Ohne seine Führung wäre die Situation auf dem Schlachtfeld eine andere. Und wie Biden die internationale Reaktion auf den russischen Angriff aufgleist und angeführt hat, ist eine diplomatische Meisterleistung. Auch, weil es ihm gleichzeitig gelang, die USA und die Nato aus einer direkten Konfrontation mit der Atommacht Russland herauszuhalten.

Dafür hat Biden seine Waffenhilfe für Kiew an eine Bedingung geknüpft: Die ukrainischen Streitkräfte dürfen den Krieg nur auf eigenem Territorium führen, strategisch korrekt sozusagen. Gleichzeitig hat Biden versprochen, die Ukraine «so lange wie nötig» zu unterstützen. Was immer das heissen mag, und es gibt inzwischen widersprüchliche Signale aus Washington: Es ist im ureigensten Interesse der

USA, ihrer Nato-Partner und des Westens insgesamt, diese umkämpfte, junge europäische Demokratie militärisch und wirtschaftlich so zu unterstützen, dass sie den grössten Teil ihres Staatsgebiets zurückerobern kann. Erst aus einer solchen Position der Stärke heraus lässt sich ein annehmbarer Frieden aushandeln.

Die Schweiz ist deshalb nicht nur der Ukraine zu Dank verpflichtet, sondern auch den Ländern, die das angegriffene Land militärisch unterstützen. Als neutraler Staat ist es nicht einfach, sich in einem Konflikt zu positionieren, in dem die Rollen von schuldigem Angreifer und unschuldigem Verteidiger so klar verteilt sind. Das war bereits im Zweiten Weltkrieg so. Und heute ist es für die Schweiz noch schwieriger, auf strikter Neutralität zu beharren.

Trotzdem sieht sie sich aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht in der Lage, selbst ein paar Tausend Schuss Panzermunition via Deutschland der bedrängten Ukraine zukommen zu lassen. Umso konsequenter sollte sie deshalb auf nicht militärische Massnahmen fokussieren. Dazu gehört die kompromisslose Umsetzung der internationalen Sanktionen gegen den russischen Aggressor. Auch was die humanitäre Hilfe, die grosszügige Aufnahme von Flüchtlingen und den milliardenteuren Wiederaufbau betrifft, sollte sich die Schweiz grosszügig zeigen. Sonst zählt auch sie früher oder später zu den Verlierern dieses Kriegs.